

## Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration des Rhein-Sieg-Kreises am 06.09.2022:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	<b>Öffentlicher Teil</b>		
	Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten		
1.	Niederschrift über die 6. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 16.05.2022	anerkannt	
2.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: Einladung von Hope's Angel	34/22	einstimmig
3.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: Einladung Anonymer Krankenschein Bonn (AKSB) e. V.		Antrag zurückgezogen
4.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 03.08.2022: Frauenhaus für den linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis		vertagt
5.	Antrag der Fraktionen von CDU und GRÜNE vom 26.02.2021 – Pflegeberatung im Rhein-Sieg-Kreis	35/22	einstimmig
6.	Frauenhaus des Rhein-Sieg-Kreises; hier: neue Entgeltordnung	36/22	einstimmig
7.	„Unterstützung von Frauen in Not“; hier: Vorstellung des Projektberichtes		
8.	Förderung des Allgemeinen Sozialberatung durch die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände und der Kurdischen Gemein-	37/22	einstimmig

	schaft Rhein-Sieg/ Bonn e.V.; hier: Aufhebung des Sperrvermerks		
9.	Sachstand Modellprojekt "Guter Lebensabend NRW"		
10.	Fortführung KIM	38/22	einstimmig
11.	Mitteilungen und Anfragen		
	<b>Nichtöffentlicher Teil</b>		
12.	Mitteilungen und Anfragen		

## Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration des Rhein-Sieg-Kreises am 06.09.2022:

---

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr  
 Sitzungsende: 17:50 Uhr  
 Ort der Sitzung: A 1.16  
 Datum der Einladung: 24.08.2022

### Anwesende Mitglieder:

#### Kreistagsfraktion CDU

Herr Dirk Beutel  
 Frau Monika Grünewald  
 Frau Hildegard Helmes  
 Herr Matthias Schmitz  
 Frau Jessica Thielen

#### Kreistagsfraktion GRÜNE

Frau Michaela Balansky i.V.f. KTM Anschütz  
 Frau Manuela-Franziska Gardeweg  
 Herr Sven Kraatz i.V.f. KTM Haacke  
 Frau Tarja Helena Palonen-Heiße

#### Kreistagsfraktion SPD

Frau Cornelia Mazur-Flöer  
 Frau Katja Ruiters  
 Herr Dietmar Tandler i.V.f. KTM Peters

#### Kreistagsfraktion FDP

Herr Felix Keune i.V.f. SkB Knapp

#### Kreistagsmitglied Volksabstimmung

Herr Dr. Ing. Helmut Fleck

#### Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Ludger Greulich i.V.f. KTM Orefice  
 Herr Aladdin Beiersdorf El-Schallah i.V.f. SkB Gebauer

7. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 06.09.2022		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Frau Anna Diegeler-Mai  
 Frau Safia Reinbold  
 Herr Wilfried Wieland

Sachkundige/r Bürger/innen GRÜNE

Frau Brigitte Kemnitz  
 Herr Klaus Knein

i.V.f. KTM Droppelmann  
 i.V.f. KTM Zorlu

Sachkundige/r Bürger/innen SPD

Herr Harald Eichner  
 Frau Claudia Engler

Sachkundige/r Bürger/innen FDP

Frau Miriam Clemens

i.V.f. SkB Schüller

Sachkundige/r Bürger/innen AfD

Frau Christa Stein

i.V.f. KTM Schindler

Sachkundiger Einwohner SozA

Herr Patrick Ehmann

Schriftführer/in

Frau Nadine Klein

**Entschuldigt fehlten:**

Kreistagsfraktion CDU

Frau Stefanie Orefice

Kreistagsfraktion GRÜNE

Frau Nina Droppelmann  
 Herr Wolfgang Haacke  
 Herr Erkan Zorlu  
 Frau Lisa Anschütz

Kreistagsfraktion AfD

Herr Bernhard Schindler

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Frau Katharina Gebauer

7. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 06.09.2022		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Sachkundige/r Bürger/innen FDP

Herr Carlo Knapp

Frau Ellen Schüller

Sachkundige/r Bürger/innen DIE LINKE

Herr Karsten Straub

**VertreterInnen der Verwaltung:**

Herr Liermann

Frau Dinstühler

Herr Lehmann-Diebold

Herr Fey

Frau Barth

Frau Zeigert

Frau Milde

**Gäste:**

Frau Rosenauer (Projektbeauftragte im Rahmen des Projektes „Feststellung des Unterstützungsbedarfes von Frauen in Not – 2021 bis 2022“)

Frau Scharlau (Projektbeauftragte im Rahmen des Projektes „Feststellung des Unterstützungsbedarfes von Frauen in Not – 2021 bis 2022“)

Frau Salahié (Caritasverband Rhein-Sieg e.V.)

7. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 06.09.2022		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

## Öffentlicher Teil

Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten
--------------------------------------------------

Zu Beginn der Sitzung begrüßte die Vorsitzende, Kreistagsmitglied (KTM) Katja Ruiters, alle Anwesenden. Sie hieß insbesondere Frau Rosenauer und Frau Scharlau willkommen, die als Gäste im späteren Verlauf der Sitzung unter dem Tagesordnungspunkt 7 den Projektbericht zum Thema „Unterstützung von Frauen in Not“ vorstellen werden.

Hiernach nahm die Vorsitzende Bezug auf die Einladung vom 24.08.2022 und stellte fest, dass diese form- und fristgerecht erfolgt sei. Dabei wies sie ferner auf die nachgesendete Tischvorlage zum Tagesordnungspunkt 7 hin.

Vor Einstieg in die Tagesordnung schlug die Vorsitzende vor, die Tagesordnungspunkte 7 und 9, aufgrund der geplanten Vorträge, vorzuziehen, so dass diese nach dem allgemeinen Teil gehalten werden könnten.

Hierüber bestand Einigkeit. Weitere Einwände gegen die Tagesordnung wurden nicht vorgebracht.

Als Nächstes wurde die neue SkB Clemens verpflichtet, indem sie den folgenden Verpflichtungstext nachsprach und den dazugehörigen Vordruck ausfüllte:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde.“

Anmerkung der Verwaltung:

*Der Übersichtlichkeit halber werden die Tagesordnungspunkte in der ursprünglich vorgesehenen Reihenfolge behandelt.*

1	Niederschrift über die 6. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 16.05.2022	
---	----------------------------------------------------------------------------------------------	--

Es wurden keine Einwände gegen die Niederschrift vorgetragen, sodass die Niederschrift damit als anerkannt gilt.

7. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 06.09.2022		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

2	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: Einladung von Hope's Angel	
---	--------------------------------------------------------------	--

Nachdem KTM Mazur-Flöer anmerkte, der vorliegende Antrag sei selbsterklärend, führte KTM Schmitz aus, dass seine Fraktion das Anliegen unterstütze, er jedoch angesichts der bevorstehenden Haushaltsberatungen vorschläge, den Verein erst nach der Haushaltssitzung im November einzuladen.

Da hierüber Einigkeit bestand, ließ die Vorsitzende nach erfolgter Zustimmung der SPD-Kreistagsfraktion über den geänderten Beschlusstext abstimmen.

Der Ausschuss fasste sodann folgenden Beschluss:

**B.-Nr. 34/22 Die Rhein-Sieg-Kreisverwaltung lädt den Verein Hope's Angel [www.hopesangel.com](http://www.hopesangel.com) in eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses ein, damit über die wertvolle Arbeit des Vereins bei der Begleitung von Familien und Fachkräften beim Frühtod eines Kindes berichtet werden kann.**

**Abst.- einstimmig  
Erg.:**

3	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: Einladung Anonymer Krankenschein Bonn (AKSB) e. V.	
---	--------------------------------------------------------------------------------------	--

Unter Verweis auf den vorliegenden Antrag schilderte KTM Balansky, sie sehe die Zuständigkeit aufgrund der Thematik beim Ausschuss für Inklusion und Gesundheit. Dieser werde sich in seiner morgigen Sitzung ohnehin mit dem Antrag befassen, sodass sie empfahl, von der Beratung im hiesigen Ausschuss abzusehen. Hiergegen wurden keine Einwände erhoben, sodass KTM Mazur-Flöer den Antrag im Namen ihrer Fraktion zurückzog.

4	Antrag der SPD Kreistagsfraktion vom 03.08.2022: Frauenhaus für den linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis	
---	-------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Nachdem die Vorsitzende den Tagesordnungspunkt eröffnet hatte, sprach sich KTM Schmitz dafür aus, den Antrag im Rahmen der Haushaltsberatun-

## 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 06.09.2022

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

gen zum Doppelhaushalt 2023/2024 tiefergehend zu beraten und ihn folglich auf die Novembersitzung zu verweisen. KTM Balansky schloss sich ihrem Vorredner an. Es sei wichtig, das Anliegen lösungsorientiert anzugehen.

Als Nächstes machte SkB Stein auf das Problem mangelnder Frauenhausplätze aufmerksam. So sehe die Istanbul-Konvention einen Frauenhausplatz pro 1.000 Einwohner vor, was ihrer Ansicht nach nicht bedarfsgerecht sei. Die Vorsitzende ergänzte hierzu, bei der Eröffnungsfeier des kreiseigenen Frauenhauses sei die Rede von 120 abgewiesenen Frauen gewesen. Abschließend hielt sie nach eingeholter Zustimmung des KTM Mazur-Flöer fest, die SPD-Kreistagsfraktion halte weiterhin an ihrem Antrag fest, sei jedoch mit dem Vorschlag des KTM Schmitz, den Antrag auf die Haushaltssitzung im November zu vertagen, einverstanden. Hierüber bestand Einigkeit.

5	Antrag der Fraktionen von CDU und GRÜNE vom 26.02.2021 – Pflegeberatung im Rhein-Sieg-Kreis	
---	---------------------------------------------------------------------------------------------	--

Herr Liermann wies eingangs darauf hin, die Verwaltungsvorlage ziele auf die Aufhebung des Sperrvermerkes ab.

Auf die Nachfrage des KTM Mazur-Flöer hin, ob sich die verbleibenden Kommunen der Umsetzung der Konzeption zwischenzeitlich angeschlossen hätten, entgegnete er, derzeit werden noch Detailfragen geklärt sowie angestrebte Kooperationen besprochen. Die Verwaltung stehe im ständigen Austausch mit den betreffenden Kommunen, sodass bis zum Jahresende mit den letzten schriftlichen Erklärungen gerechnet werden könne. Er bot an, den aktuellen Sachstand im Rahmen des Protokolls nachzureichen. Hinsichtlich ihrer nächsten Frage, woran die auf der Seite 9 der Konzeption erwähnte „Überforderung der Pflegekräfte“ gemessen werde, hob Herr Liermann hervor, dass es sich hierbei um eine perspektivische Planung handele und noch kein objektives Abfragesystem entwickelt worden sei. Der Verwaltung sei daran gelegen, im Rahmen des Qualitätsmanagements sicherzustellen, dass keine Überforderung der pflegenden Angehörigen eintrete. Wie sich dies letztlich ausgestaltet, werde sich erst im Laufe der Gespräche ergeben.

Im Folgenden ließ die Vorsitzende nach Vorlage abstimmen. Der Ausschuss fasste sodann folgenden Beschluss:

7. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 06.09.2022		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**B.-Nr.**  
**35/22**

1. Der Ausschuss für Soziales und Integration nimmt das mit den kreisangehörigen Kommunen abgestimmte Umsetzungskonzept für die künftige Senioren- und Pflegeberatung im Rhein-Sieg-Kreis zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss für Soziales und Integration empfiehlt dem Finanzausschuss, den Sperrvermerk bei Teilprodukt 0.50.40.02, Sachkonto 531300 aufzuheben.

**Abst.-**  
**Erg.:**

einstimmig

Anmerkung der Verwaltung:

*Nach derzeitigem Kenntnisstand ist der Umsetzungsbeginn des Konzeptes zur Senioren- und Pflegeberatung bei drei kreisangehörigen Kommunen ungewiss.*

*Eine der betreffenden Kommunen ist auf der Suche nach einer Kooperationsgemeinde. Die anderen beiden Gemeinden haben sich für eine gemeinsame Kooperation entschieden; eine abschließende Abstimmung steht noch aus.*

6	Frauenhaus des Rhein-Sieg-Kreises; hier: neue Entgeltordnung	
---	--------------------------------------------------------------	--

Herr Liermann schilderte eingangs, der Umzug des kreiseigenen Frauenhauses in eine neue Immobilie habe Anlass geboten, die Entgeltordnung entsprechend anzupassen. Die Berechnungsparameter könnten der Vorlage entnommen werden.

Da kein Beratungsbedarf bestand, ließ die Vorsitzende nach Vorlage abstimmen. Der Ausschuss fasste sodann folgenden Beschluss:

**B.-Nr.**  
**36/22**

**Der Ausschuss für Soziales und Integration empfiehlt dem Kreisausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:**

**Entgeltordnung für das Frauenhaus des Rhein-Sieg-Kreises:****1.****Für die Unterbringung im Frauenhaus des Rhein-Sieg-Kreises sind ab dem 01.08.2022 folgende Tagessätze zu entrichten:****Tagesmietsatz: 20,01 € pro Person pro Tag****Tagessatz für psychosoziale Betreuung: 51,93 € pro Person pro Tag****Tagessatz für Kinderbetreuung 51,93 € pro Person pro Tag****2.****Bei der Berechnung der zu zahlenden Entgelte ist der Einzugstag zu berücksichtigen, für den Auszugstag ist kein Entgelt zu zahlen.****Das Entgelt ist grundsätzlich vom Tag des Einzugs an zu entrichten. Sofern eine Bewohnerin nur für die Dauer von bis zu drei abrechnungsfähigen Tages allein oder mit Kind/-ern im Frauenhaus war und keine Leistungen nach SGB II oder SGB XII in Anspruch genommen hat, wird – wie bisher – auf das Entgelt für diese Zeit verzichtet.****3.****Diese Entgeltordnung tritt rückwirkend zum 01.08.2022 in Kraft.****Die Entgeltordnung in der Fassung vom 25.04.2021 tritt hiermit außer Kraft und wird durch diese Regelung ersetzt.****Abst.- einstimmig****Erg.:**

7	„Unterstützung von Frauen in Not“; hier: Vorstellung des Projektberichtes	
---	---------------------------------------------------------------------------	--

Vor Einstieg in die Präsentation begrüßte die Vorsitzende Frau Rosenauer und Frau Scharlau, die nachfolgend die wichtigsten Ergebnisse zum Projektbericht zur „Feststellung des Unterstützungsbedarfs von Frauen in Not“ vorstellen werden.

Frau Rosenauer wies eingangs darauf hin, der Verwaltungsvorlage sei lediglich ein Auszug aus dem Projektbericht beigelegt worden. Durch den Vortrag erhoffen sie und ihre Kollegin sich, das Interesse der Anwesenden an dem vollständigen Bericht zu wecken, welcher dem Ausschuss eine Grundlage für sein weiteres Handeln biete.

Zur Ausgangssituation wird auf die der Niederschrift beigelegten Präsentations-

tion verwiesen. Frau Rosenauer erklärte, eine der ersten Herausforderungen habe darin bestanden, den Projektauftrag derart auszugestalten, dass unter Berücksichtigung des vorhandenen Budgets solide, aussagekräftige wie auch realitätsnahe Daten erhoben werden konnten, die eine anschließende Auswertung zulassen. Im ersten Schritt seien daher in enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung die Rahmenbedingungen für das Projekt festgelegt worden, indem die Zielgruppe definiert und gemeinsame Zielvorgaben vereinbart wurden. Ziel sei gewesen, den Unterstützungsbedarf festzustellen, einen Überblick über die Angebotsstruktur im Rhein-Sieg-Kreis zu gewinnen sowie etwaige Angebotslücken oder Ressourcen zu identifizieren. Dabei seien auch die Angebote auf dem Stadtgebiet Bonn mit in den Blick genommen worden.

Zum Vorgehen schilderte Frau Rosenauer, zur Recherche der Angebotsstruktur seien zunächst geeignete Akteure sowie bestehende Angebote identifiziert, Fragenkataloge erstellt und Unterlagen, wie z.B. Konzepte, Statistiken, Jahresberichte etc., eingeholt worden. Zur Ermittlung der Bedarfslagen seien insgesamt 8 Experteninterviews geführt und 4 Fokusgruppen (*für jeden Arbeitsbereich je 2 Fokusgruppen*) durchgeführt worden.

Im Prozess habe man die Erfahrung gemacht, dass die Zusammenarbeit mit dem Kreissozialamt ausgesprochen konstruktiv und förderlich gewesen sei. Zudem sei wiederholt aufgefallen, wie viele engagierte, fachkundige Menschen an der Entwicklung von Versorgungsstrukturen im Rhein-Sieg-Kreis interessiert seien, sodass hierin ein großes Kapital gesehen werde.

Frau Rosenauer erläuterte, dass die Themen „häusliche Gewalt“ und „Wohnungsnot“ eng miteinander verknüpft seien. Dies hänge auch damit zusammen, dass sich Frauen, die sich aus ihrer Gewaltbeziehung lösen wollen, automatisch auf der Suche nach einer geeigneten Unterkunft befinden. Vor diesem Hintergrund seien die Kommunen ausführlich zu dem Thema „Wohnen“ befragt worden; darunter z.B. die Frage nach den verschiedenen Unterbringungsmöglichkeiten oder der Ausgabe von Wohnberechtigungsscheinen (WBS). Lediglich eine Kommune habe auf die Frage nach der Umsetzung der in den Wohnraumnutzungsbestimmungen des Landes verordneten Priorisierung der Haushalte zur Vergabe mietpreisgebundener Wohnungen ein entsprechendes Konzept vorgelegt. Frau Rosenauer schilderte, die Rückmeldungen seien teils sehr unterschiedlich ausgefallen. Während einige Kommunen trotz mehrfacher Kontaktaufnahme kaum reagierten, zeigten andere wiederum großes Engagement und werteten unvollständige Erfassungen teils händisch aus (z.B. bei fehlender, geschlechtsspezifischer Differenzierung bei der Datenerhebung zur Vergabe von WBS). Gleiches

betreffe die Erfassung zur Belegung von mietpreisgebundenen Wohnungen. Weitere Lücken in der Datenerfassung können der Folie 5 entnommen werden.

Frau Rosenauer schilderte, im Rhein-Sieg-Kreis bestehe bereits ein umfangreiches, differenziertes Angebot für Frauen in Not. Das Angebot im Bereich „Wohnen“ sei hingegen verhältnismäßig schwach. In diesem Zuge machte Frau Rosenauer auf die Notwendigkeit einer professionellen Lotsenfunktion aufmerksam, die zwar beide Bereiche tangiere, aber insbesondere im Bereich der „Wohnungsnot“ erforderlich sei, um eine bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen. In beiden Bereichen müsse die Zusammenarbeit aller relevanten Akteure verbessert werden, wofür sich bspw. der Runde Tisch gegen häusliche Gewalt (nachfolgend: Runder Tisch) eigne.

Es sei ihr wichtig, das Ausmaß an Betroffenheit von häuslicher Gewalt greifbar zu machen. Da Datenmaterial zum Ausmaß von Partnerschaftsgewalt ausschließlich auf Landesebene verfügbar sei, habe man den Wert innerhalb des Rhein-Sieg-Kreises im Wege einer Schätzung aus den landesweiten Daten hergeleitet. Hierzu wird auf die Folien 9 und 10 der Präsentation verwiesen. Dabei sei jedoch zu beachten, dass die Daten der Polizeibehörden alle dokumentierten Fälle häuslicher Gewalt umfassen, jedoch keine geschlechtsspezifische Differenzierung zwischen Opfer und Täter vorgenommen werde.

Zur bestehenden Angebotsstruktur im Bereich der „häuslichen Gewalt“ wird auf die Folie 11 verwiesen. Frau Rosenauer berichtete, im Rhein-Sieg-Kreis existiere bereits ein umfangreiches und differenziertes Unterstützungs- und Hilfesystem, wobei qualitative Unterschiede festgestellt worden seien. Etwaige Verbesserungsvorschläge seien den Folien 12 bis 14 zu entnehmen.

Positiv hervorzuheben sei an dieser Stelle die Arbeit des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt.

Sie schilderte, ein nicht zu unterschätzendes Problem bestehe in den langen Wartezeiten für ambulante Therapieplätze; nicht nur, dass dieser Umstand in Konflikt zur Dringlichkeit einer Behandlung stehe, sondern auch deshalb, weil sich die Frauenzentren gezwungen sehen, zur Überbrückung in geringem Maße Traumatherapie anzubieten.

Zudem sei es aus Sicht der Experten wichtig, stärker auf die komplexen Problemlagen der im Frauenhaus lebenden Frauen einzugehen, um durch zeitnahe, bedarfsgerechte Hilfen die Verweildauer zu verkürzen.

Ein weiteres Problem stelle die Kinderbetreuung der im Frauenhaus untergebrachten Kinder dar. Neben der Schwierigkeit, Kindergartenplätze in unmittelbarer Nähe zu finden, komme der Umstand hinzu, dass die ambulanten Leistungen der Jugendämter (z.B. Erziehungshilfe) häufig bei Inanspruchnahme eines Frauenhausplatzes eingestellt würden. Dies könne von den pädagogischen Fachkräften im Frauenhaus nicht kompensiert werden. Frau Rosenauer betonte an dieser Stelle, dass zur nachhaltigen Bekämpfung von Gewalt, ein Hilfsangebot für die gesamte Familie erforderlich sei, was bis dato unzureichend umgesetzt werde.

Als Nächstes widmete sie sich dem Thema „Wohnungsnot“.

Mehr als zwei Drittel aller Wohnungssuchenden mit WBS blieben bei der Suche nach gefördertem Wohnraum erfolglos. Dies veranschauliche die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt.

Sie stellte fest, dass im Rhein-Sieg-Kreis bereits ein breites Angebot an entsprechenden Hilfen vorhanden sei, welches die wesentlichen Bereiche der Wohnungslosenhilfe abdecke. Vorreiter sei hier der Verein für soziale Dienste im Rhein-Sieg-Kreis e.V. (SKM). Speziell für Frauen gebe es verhältnismäßig wenige Angebote (Folie 17).

Unter Verweis auf die Folien 18 und 19 stellte sie kurz dar, was es an der bestehenden Angebotsstruktur zu verbessern gelte. Neben einer separaten Unterbringung von obdachlosen Frauen, sei ein Beratungsmobil, welches speziell auf diese Zielgruppe ausgerichtet ist, wünschenswert. Darüber hinaus bestehe bei „nicht mietfähigen“ Frauen häufig das Problem, dass diese auf ihrer Suche nach einer Übernachtungsmöglichkeit dem Druck ausgesetzt seien, diese nur gegen hauswirtschaftliche oder sexuelle Gegenleistungen angeboten zu bekommen, so Frau Rosenauer weiter. Ein erleichteter Zugang zu geschützten Beherbergungsmöglichkeiten sei daher eine enorme Entlastung für die ohnehin schon traumatisierten Frauen.

Hiernach trug Frau Rosenauer vor, für Hilfen bei Wohnungsnot seien 2 wesentliche Säulen von Bedeutung: die Prävention von Wohnungsverlust und Obdachlosigkeit sowie die intensive Akquise von Wohnraum. Im präventiven Bereich engagieren sich insbesondere die Städte Troisdorf, Hennef und Sankt Augustin. Daneben existiere beim SKM die Fachstelle „Wohnungsnotfallhilfe“ unter Beteiligung mehrerer kreisangehöriger Kommunen. Hinsichtlich der „Wohnraumakquise“ bestehe Optimierungsbedarf, da das Thema noch nicht flächendeckend im Kreisgebiet angegangen werde.

Zu den „Ersten Maßnahmen“ wird auf die Folien 21 bis 23 verwiesen. Im Kern gehe es darum, das vorhandene Netzwerk zu nutzen, um die Struktu-

ren weiter zu entwickeln. Speziell für den Arbeitsbereich der Wohnungslosenhilfe empfehle sie den Aufbau eines Netzwerkes vergleichbar dem Runden Tisch gegen häusliche Gewalt. Das hieraus resultierende, neue Netzwerk würde sich als Ansprechpartner für die Verwaltung und Politik eignen.

Ebenso sei es zur Bekämpfung von Wohnungsnot sinnvoll, so Frau Rosenauer weiter, entsprechende Fachleute zu beschäftigen, die einen engen Kontakt zu potentiellen Vermietern pflegen und Betroffene bei der Wohnungsakquise unterstützen. Auf diese Weise könnten bspw. auch Frauenhausaufenthalte verkürzt werden. Ferner könnten z.B. „Best-Practice-Beispielen“ ermittelt werden, die anderen Kommunen als Orientierung dienen könnten. Weitere leicht umsetzbare Maßnahmen können den Folien bzw. dem Projektbericht entnommen werden.

Abschließend hob Frau Rosenauer hervor, das Projekt sei herausfordernd und zugleich hochinteressant gewesen. Es bestehen bereits gute Hilfs- und Unterstützungsangebote, die flächendeckend ausgebaut werden müssten. Sie dankte der Verwaltung nochmals für die tolle Zusammenarbeit und erhoffe sich durch ihren Vortrag, das Interesse der Ausschussmitglieder am vollständigen Projektbericht geweckt zu haben.

Im Anschluss an den Vortrag dankte KTM Schmitz den beiden Vortragenden für die informativen Ausführungen. Diese ließen erkennen, dass bereits erste Erfolge zu verzeichnen seien und sich der Rhein-Sieg-Kreis auf einem guten Weg befinde. Der Ausschuss werde sich noch intensiv mit dem Projektbericht befassen und hierauf aufbauend entsprechend agieren. Im Zuge dessen fragte KTM Mazur-Flöer nach dem umfassenden Projektbericht, woraufhin Herr Liermann zusicherte, diesen im Rahmen des Protokolls in „Mandatos“ einzustellen. Darüber hinaus könnte dieser auch anderen Interessierten, wie z.B. dem Runden Tisch, zugänglich gemacht werden. Die Nachfrage von KTM Mazur-Flöer, ob die Ausführungen zum rechtsrheinischen Kreisgebiet auch auf den linksrheinischen Teil transportiert werden, bejahte Frau Rosenauer.

KTM Keune bedankte sich im Namen seiner Fraktion für den informativen Vortrag. Ihn interessiere im Hinblick auf die Verzahnung zwischen den Themen „häusliche Gewalt“ und „Wohnungsnot“, wie es für die Frauen um die Möglichkeit stehe, unter zivilrechtlichen Aspekten Rechtsberatung in Anspruch zu nehmen.

## 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 06.09.2022

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

KTM Balansky schloss sich dem Dank ihrer Vorredner an. KTM Dr. Fleck äußerte, er erhoffe sich im Projektbericht einen Bezug zu den aktuellen Ereignissen (Pandemie, Energiekrise, Inflation etc.) zu finden, da dies ebenfalls Einfluss auf das Thema „Frauen in Not“ habe.

KTM Gardeweg erkundigte sich danach, ob der Runde Tisch anlässlich seiner vielfältigen und zahlreichen Akteure spezifischer unterteilt werden könne, sodass bspw. unter Einbindung eines Arbeitsvermittlers behandelt werden könne, wie den Frauenhausbewohnerinnen aus dem Leistungsbezug verholfen werden könne. Zur Beantwortung der Nachfrage erteilte die Vorsitzende das Wort an die Gleichstellungsbeauftragte des Rhein-Sieg-Kreises, Frau Milde, die gleichzeitig Mitglied und eine der Organisatorinnen des Runden Tisches ist. Frau Milde schilderte, aktuell seien knapp 300 Mitglieder des Runden Tisches gelistet, unter denen sich sämtliche Akteure aus dem Bereich der „häuslichen Gewalt“ wiederfinden; darunter auch Vertreter des Jobcenters. Im November feiere der Runde Tisch sein 20-jähriges Bestehen.

KTM Gardeweg nahm hiernach Bezug auf die Campingplatz-Verordnung NRW, die die Nutzung freier Campingplätze als Wohnraum untersagt. Sie sehe hierin eine Möglichkeit das Wohnungsproblem langfristig zu lösen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, bedanke sich die Vorsitzende nochmals im Namen aller Anwesenden für den informativen Vortrag.

8	Förderung des Allgemeinen Sozialberatung durch die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände und der Kurdischen Gemeinschaft Rhein-Sieg/ Bonn e.V.;	
---	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Ohne Aussprache wurde nach Vorlage beschlossen:

**B.-Nr.**      **Der Sperrvermerk im Doppelhaushalt 2021/2022 bezüglich der für die**  
**37/22**      **Förderung der von den Wohlfahrtsverbänden und der Kurdischen Ge-**  
**meinschaft Rhein-Sieg/ Bonn e.V. erbrachten „Allgemeinen Sozialbera-**  
**tung“ für das Jahr 2022 zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel (Produkt**  
**0.50.60; Mittel in Höhe von insg. 115.000,00 € für 2022) wird aufgehoben.**

**Abst.-**      **einstimmig**

7. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 06.09.2022		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**Erg.:**

9	Sachstand Modellprojekt "Guter Lebensabend NRW"	
---	-------------------------------------------------	--

Vor Einstieg in die geplante Präsentation stellte Frau Dinstühler ihre Kolleginnen Frau Zeigert vom Kommunalen Integrationszentrum (KI) sowie Frau Salahié vom Caritasverband Rhein-Sieg e.V. vor, die nachfolgend über den Sachstand zum Modellprojekt „Guter Lebensabend NRW“ berichten werden.

Zur Ausgangssituation verwies Frau Zeigert auf die Kreistagssitzung vom 01.12.2022, in der das KI und der Caritasverband Rhein-Sieg e.V. mit der Umsetzung des Projektes „Guter Lebensabend NRW: Kultursensible Altenhilfe und Altenpflege für Seniorinnen und Senioren mit Einwanderungsgeschichte“ beauftragt worden seien. Dabei handele es sich um ein vom Land gefördertes Projekt, an dem landesweit 21 Kommunen teilnehmen. Begleitet werde es von dem Institut für Evaluation sowie dem Institut für Gerontologische Forschung e.V.. Sie schilderte, die Laufzeit habe sich um ein Jahr, d.h. bis zum 31.12.2023, verlängert, da das Projekt aufgrund seiner besonders vulnerablen Zielgruppe während der Pandemie nur schwer umzusetzen gewesen sei. Zudem seien wegen den aktuellen Flüchtlingsbewegungen derzeit viele Ressourcen in den Behörden gebunden, wodurch diese zusätzlich belastet seien.

Unter Verweis auf die Folie 4 der der Niederschrift beigefügten Präsentation wies Frau Zeigert darauf hin, dass sich die darin enthaltenen Werte auf die Pflegeplanung des Rhein-Sieg-Kreis aus 2019 beziehen, sodass in 2020 von 134.000 über 65-Jährigen ausgegangen werden könne. Bis 2040 werde ein Anstieg der Anzahl pflegebedürftiger Menschen mit Einwanderungsgeschichte um 77 % prognostiziert, da es sich hierbei um eine schnell wachsende Gruppe im Rhein-Sieg-Kreis handele.

Frau Zeigert berichtete, aktuelle Studien weisen darauf hin, dass die Zielgruppe eine sehr heterogene Personengruppe darstelle. Die bisherige Forschung fokussiert sich dabei meist auf die sog. Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, wobei an dieser Stelle hervorzuheben sei, dass es beim Rhein-Sieg-Kreis keine spezielle Erhebung über die Anzahl der Zuwanderer sowie Details zur Einwanderungsgeschichte gebe.

Ausgangslage des Projektes sei die Annahme gewesen, so Frau Zeigert weiter, dass Seniorinnen und Senioren mit Einwanderungsgeschichte nicht im

selben Maße ins Regelpflegesystem eingegliedert seien wie jene der Mehrheitsgesellschaft. Dies habe mehrere Ursachen, wobei Zugangs- und Sprachbarrieren eine der Hauptgründe seien. Darüber hinaus sei die Zielgruppe trotz ihrer Heterogenität spezifischen Belastungen ausgesetzt. Gleichzeitig weisen Studien jedoch auf besondere Ressourcen hin, bspw. im guten, sozialen Unterstützungssystem.

Als Nächstes berichtete Frau Salahié über den Sachstand der Umsetzung. Ziel sei es, einen Wissenszuwachs bei der Zielgruppe sowie eine Kultursensibilität und ein Diversitätsbewusstsein in den Pflegeeinrichtungen und kommunalen Strukturen zu bewirken. Neben der übergeordneten Zielgruppe seien für das Projekt drei konkrete Zielgruppen festgelegt worden (siehe Folie 6).

Unter Verweis auf die Präsentation schilderte Frau Salahié, Basis der Maßnahmeplanung sei das Konzept zur Umsetzung. Unter anderem solle die bestehende Angebotsstruktur erfasst, das Projekt vorgestellt, Kooperationen aufgebaut, aber auch Interessensabfragen bei Migrantenorganisationen sowie bei stationären Pflegeeinrichtungen und ambulanten Diensten vorgenommen werden (siehe Folie 7).

Im Folgenden gab Frau Salahié einen kurzen Überblick über die in diesem Jahr anstehenden Angebote sowie weitere Maßnahmen, die bei Fortführung der Projektphase ab 2023 durchgeführt werden sollen.

Abschließend benannte sie die Projektleitungen und Seniorenberaterinnen, die als Ansprechpartner für weitere Nachfragen zur Verfügung stehen.

Im Anschluss an den Vortrag sprach KTM Schmitz den beiden Vortragenden seinen Dank für die informative Berichterstattung aus. Er sei auf die weitere Entwicklung und die gesammelten Erfahrungswerte bzw. Ergebnisse gespannt, sodass er die Bitte äußerte, hierzu beizeiten erneut im Ausschuss zu berichten.

Dem Dank schloss sich KTM Mazur-Flöer an, die aus ihrer Erfahrung als Berufsbetreuerin heraus berichten konnte, wie schwierig es sei, geeignete Heimplätze zu finden, bei denen auf die Eigenheiten ihrer Kunden mit Migrationshintergrund eingegangen werden könne. Die Kultursensibilität zu stärken sei daher ein wichtiger Faktor.

Die Nachfrage des KTM Dr. Fleck, ob bei den ambulanten Pflegediensten, die Pflege von Personen im häuslichen Umfeld gemeint sei, bejahte Frau Zeigert. Interessant sei hier, dass die ambulanten Pflegedienste den

## 7. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 06.09.2022

TOP

Beratungsgegenstand

Vorlagen-/Antrags-Nr.

Wunsch äußerten, den Umgang mit der Heterogenität/Diversität, aber auch mit Diskriminierungserfahrungen im Team zu erörtern. Insbesondere Letzteres betreffe nämlich nicht nur die Patientinnen und Patienten, sondern auch die Mitarbeitenden.

Abschließend dankte die Vorsitzende Frau Zeigert und Frau Salahié für den informativen Vortrag.

10

Fortführung KIM

Herr Liermann erinnerte an die letzte Ausschusssitzung, in der darüber berichtet worden sei, dass die Arbeitsverträge der im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) tätigen Kolleginnen und Kollegen zum Jahresende auslaufen und der Verwaltung daran gelegen sei, das vorhandene Personal zu halten und die wertvolle Arbeit ab nächstem Jahr auf dem bisherigen Level fortsetzen zu können. Er schilderte, die Verwaltung sei erneut an die Landesregierung herangetreten, um dort die Förderbedingungen zu erfragen, insb. unter dem Aspekt einer gesicherten, dauerhaften Finanzierung. Bis dato stehe eine Stellungnahme des Landes jedoch aus.

Die Vorsitzende äußerte, sie habe gelesen, dass das Projekt nun zu einem Programm umgewandelt worden sei, womit sie eine höhere Planungssicherheit impliziere. Auf ihre Nachfrage hin, wo dann das Risiko bestehe, erklärte Herr Liermann, es seien bislang keine neuen Förderrichtlinien bekannt, die die Grundlage für die Umsetzung des Programmes darstellen. Insofern könne man nicht davon ausgehen, dass bspw. die Verteilmechanismen nach gleicher Systematik ausfallen.

Ein kleiner Hoffnungsschimmer sei, so Herr Liermann weiter, dass derzeit auf Landesebene diskutiert werde, die Aufhebung der Förderrichtlinien um ein Jahr zu verschieben; offiziell sei dies jedoch noch nicht bestätigt worden.

Als Nächstes übergab sie SkE Ehmann das Wort, der seiner Sorge darüber Ausdruck verlieh, dass während der Übergangszeit gut eingearbeitetes Personal wegbrechen könnte und dies, bei einer so kleinen Community im Bereich der Integration, der Reputation des Rhein-Sieg-Kreises schaden könnte. Ihn interessiere daher, wie die Verwaltung dieses Risiko abwäge und sich die anderen Kommunen positionieren.

Herr Liermann gab diesbezüglich zu Bedenken, dass alle Ebenen von der Unsicherheit tangiert seien, aber auf allen Ebenen Ziel sei, das vorhandene Personal zu halten. Hierfür müsse das Land jedoch die dafür benötigten Rahmenbedingungen schaffen. Ein anderes Problem sehe er in den sog. Kettenarbeitsverträgen. Es sei unstrittig, dass eine Verlängerung bis zum 31.12.2023 zunächst positiv wäre. Sollte die weitere Finanzierung jedoch nicht gesichert sein, stünde die Verwaltung ab 2024 erneut vor demselben Problem. Insofern sprach sich Herr Liermann dafür aus, zunächst die Stellungnahme vom Land abzuwarten.

Die Vorsitzende appellierte an den Ausschuss, einen positiven Grundsatzbeschluss, der auf die Fortführung von KIM abziele, zu fassen. Die vergangenen Sitzungen hätten gezeigt, dass der Ausschuss mit der Arbeit rund um KIM zufrieden und es daher sinnvoll sei, sich für den Erhalt des bestehenden Teams einzusetzen. Herr Liermann erklärte, zwar bestehe die Möglichkeit, dass das Thema je nach Sachstand in der nächsten Kreisausschusssitzung behandelt werden könne, es spreche allerdings nichts gegen ein positives Votum seitens des Sozialausschusses.

KTM Mazur-Flöer äußerte, ihre Fraktion begrüße den Vorschlag der Vorsitzenden. KTM Schmitz schloss sich seinen Vorrednern an und verwies auf die vergangene Ausschusssitzung, in der bereits festgehalten worden sei, dass es aus fachlicher Sicht wünschenswert wäre, wenn die Arbeit im Rahmen von KIM mit dem vorhandenen Personal fortgesetzt würde.

Da gegen den frei formulierten Beschlussvorschlag von Herrn Liermann keine Einwände vorlagen, ließ die Vorsitzende über diesen abstimmen. Der Ausschuss fasste sodann folgenden Beschluss:

**B.-Nr.**  
**38/22**

**Der Ausschuss für Soziales und Integration beschließt, das „Kommunale Integrationsmanagement“ im Grundsatz und unter der Prämisse einer gesicherten Finanzierung fortzusetzen.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**einstimmig**

7. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 06.09.2022		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

11	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Anlässlich seines bevorstehenden Ruhestandes, ergriff die Vorsitzende die Gelegenheit, Herrn Liermann im Namen aller Anwesenden für die bisherige Zusammenarbeit zu danken. Herr Liermann erwiderte dies, indem er dem Ausschuss ebenfalls seinen Dank für die bisherige Zusammenarbeit sowie das ihm entgegengebrachte Vertrauen aussprach. Ihn habe an der Arbeit insbesondere erfreut, dass die Fachlichkeit im Vordergrund stand. Angesichts dessen, dass die aktuelle Situation das Potential habe, die sozialen Strukturen durcheinanderzuwirbeln und eine Herausforderung für sämtliche Akteure darstelle, wünschte er dem Ausschuss für die Zukunft weiterhin viel Erfolg.

Abschließend richtete die Vorsitzende das Wort an Herrn Grünhage, der als neuer Amtsleiter des Kreissozialamtes die Nachfolge von Herrn Liermann antreten werde. Sie freue sich auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit.

**Ende des öffentlichen Teils**

7. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Integration am 06.09.2022		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

### Nichtöffentlicher Teil

12	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Es wurden keine Mitteilungen oder Anfragen vorgetragen.

gez.  
Katja Ruiters  
Vorsitzende

gez.  
Nadine Klein  
Schriftführerin